

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 137. Ratssitzung vom 21. Dezember 2016

2554. 2016/306

Weisung vom 14.09.2016:

Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2017

Antrag des Stadtrats

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2017 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 700 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivative Geschäfte einzusetzen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Walter Angst (AL): *Es versteht sich von selbst, dass der Stadtrat angesichts von Negativzinsen nicht mehr Geld aufnehmen wird als das, was er 2017 wirklich braucht. Es ist anzunehmen, dass aufgrund des Rechnungsergebnisses 2016 und allenfalls auch ein bisschen aufgrund der Budgetbeschlüsse der Betrag nicht voll ausgeschöpft wird. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) hält es nicht für zielführend, über diese Weisung finanzpolitische Leitplanken zu setzen.*

Kommissionsminderheit:

Raphaël Tschanz (FDP): *Wir stimmen darüber ab, ob der Stadtrat nächstes Jahr 700 Millionen Franken mehr Schulden machen kann, und mehr Schulden kosten mehr Zins. 50 Millionen Franken sind reserviert für Liegenschaften im Finanzvermögen (z. B. Airgate), weiter sind auch bereits 50 Millionen Zusatzkredite eingestellt – das finde ich speziell. Unser Antrag ist weder willkürlich noch politisch; in den letzten Jahren wurde der Investitionsplafond jeweils nur zu 60 bis 70 Prozent ausgeschöpft. Wir reduzieren den Immobilienplafond um 20 Prozent und ziehen den Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von 47 Millionen Franken, einschliesslich Novemberbrief, ab. Es handelt sich um einen grossen Betrag, und wir wissen noch nicht, wie die Mittel beschafft werden sollen – dazu gab es in den letzten Jahren vom Finanzdepartement (FD) auch keine Informationen. Sollte der Betrag nicht reichen, könnte man ihn jederzeit mittels einer neuen Weisung erhöhen. Die Stadt Zürich käme auf keinen Fall in Zahlungsnotstand.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Es geht nicht um 700 Millionen Franken mehr Verschuldung, sondern auch darum, etwa 480 Millionen Franken Darlehen zu ersetzen. 2015 hatten wir einen positiven Eigenfinanzierungsgrad. Die Neubeschaffung von zusätzlichen Mitteln*

ist relativ zurückhaltend. Der Mehrheit der RPK scheint es sinnvoller, Finanzpolitik im Budget zu machen, statt Mittel zu entziehen und die Aufnahme von Darlehen zu erschweren.

Martin Bürlimann (SVP): Es soll nur so viel Geld wie notwendig aufgenommen werden, und es sollen nur die notwendigen Anleihen verlängert werden – der Mechanismus ist analog zum Wohnungskauf. Die Finanzkrise hatte ihren Ursprung in der amerikanischen Immobilienkrise. In der Budgetdebatte haben wir es sehr oft gehört, und alle sagen es: Die Zinsen bleiben tief und steigen vielleicht in ferner Zukunft wieder. Doch es gibt auch noch die Möglichkeit einer Deflation: Wenn alle bestehenden Anleihen zum heutigen Tiefzins von 1 Prozent verlängert werden, und es gibt 10 Prozent Deflation (so geschehen in Japan), resultiert ein Realzins von 10 Prozent, was ein Problem bedeutet. Deshalb sollen nicht auf Vorrat Millionen angehäuft werden, mit denen man gar nicht recht etwas anzufangen weiss.

Roger Liebi (SVP): Ich halte es wie David Ricardo, der im 19. Jh. sagte: «Die Staatsschulden sind die schrecklichste Geissel, die je zur Lage der Nationen erfunden wurde.» Nach Finanzkrisen stiegen die Staatsschulden im Schnitt um 85 bis 90 Prozent und in der Regel nahmen sie nicht mehr ab. Die Frist ist kurzfristig: Aus dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP) geht hervor, dass bis 2020 mit 11 Milliarden Franken Schulden gerechnet wird. Die Erhöhung der Schulden mag tatsächlich moderat sein, aber wenn sie jedes Jahr moderat steigen, ergibt das am Schluss eine massive Schuldenerhöhung. Es genügt nicht, tiefe Zinsen zu haben. Laut Seite 4 oder 5 des AFP kann die Stadt Zürich das personenmässige Wachstum und den Ausbau der Infrastruktur nicht durch die Steuereinnahmen decken. Somit bleibt eigentlich nur, Geld aufzunehmen, das ist logisch – also werden die Schulden weiter wachsen. Und wenn man nie anfängt, zurückzuzahlen, wird das Geld irgendwann teuer aufzunehmen sein. Mir ist es nicht egal, wie es der nachfolgenden Generation ergeht. Es wäre wichtig, das Steuer jetzt herumzureissen, auch wenn das in der Budgetdebatte leider verpasst wurde.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist ein Spiel mit dem Feuer, Schulden aufzunehmen. In den USA sind gerade kürzlich die Zinsen gestiegen – das ist also ein realistisches Szenario. Schulden, die nicht zurückgezahlt wurden, müssen irgendwann erneuert werden, allenfalls zu weit höheren Zinsen als heute. Eine Inflation würde nicht nur die Schulden reduzieren, sondern auch die Sparkapitalien. Aufgrund tiefer Zinsen und schlechter Anlagemöglichkeiten besteht jetzt schon das Problem von geringen Renten, und wenn die Kapitalien schmelzen, schmelzen auch die zukünftigen Renten. Es bleibt nichts anderes übrig, als bei der Mittelaufnahme vorsichtig zu sein.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Wer sagt, die Mittelaufnahme sei eine direkte Verschuldung, hat nicht viel verstanden vom Mechanismus. Die Mittel werden u. a. auch gebraucht, um bestehende Verpflichtungen abzulösen. Wie das letzte Jahr zeigt, konnten auch Schulden abgebaut werden. Die Mittel müssen letztlich auch bedient und gemanaged werden. Finanzvermögen ist keine Verschuldung; mit dem Airgate haben wir einen

reellen Gegenwert. Klar gibt es Informationen über die Mittelbeschaffung. Die Stadt Zürich kann in der Regel 80 Prozent ihrer Investitionen selber finanzieren – dieser Wert wird als grundsätzlich gut beurteilt. Letztes Jahr waren es sogar über 100 Prozent, das wird immer angestrebt. Die Erwartung, dass alle Betriebe der Stadt Zürich ihre Investitionen immer selber finanzieren, ist nicht ganz normal. Die Stadt Zürich soll zu 100 Prozent selbstfinanziert sein und gleichzeitig 300 Millionen Franken weniger Einnahmen haben – das geht nicht auf. Mein Vorgänger war jeweils stolz darauf, 1 Milliarde Franken flüssige Mittel zu haben, und vonseiten der FDP war damals nie eine kritische Äusserung dazu zu vernehmen. Tatsache ist: Die Liquidität wurde auf 300 bis 400 Millionen Franken heruntergefahren, was natürlich auch mit den Negativzinsen zu tun hat, aber diese Realität muss man anerkennen. 300 bis 400 Millionen Franken brauchen wir, um nur schon laufend die Rechnungen bezahlen zu können. Wer wirklich die Verschuldung stoppen will, muss Sachentscheide fällen. Die Weisung ist rein technisch, und der Stadtrat hat klar aufgezeigt, dass er die Kompetenz nicht ausschöpft, wenn es nicht notwendig ist.

Raphaël Tschanz (FDP): Womit wurde denn das Airgate gekauft? Mit Geld aus Fremdkapital, auf dem Zinsen anfallen. Somit werden mit Airgate Schulden gemacht.

Roger Liebi (SVP): Wer eine Immobilie mit einer Hypothek kauft, hat gemäss der Argumentation von STR Daniel Leupi keine Schulden. Das verstehe ich nicht. Wenn die Stadt Zürich das Airgate mit Cash gekauft hätte, wäre es etwas anderes. Aber sobald man Geld aufnimmt, um etwas zu kaufen, hat man Schulden. Es geht darum, ob man die Schulden irgendwann zurückzahlt oder nicht.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2017 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von ~~700~~ 418 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kассascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mehrheit:	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

4 / 4

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2017 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 700 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kассascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. Dezember 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 27. Januar 2017)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat